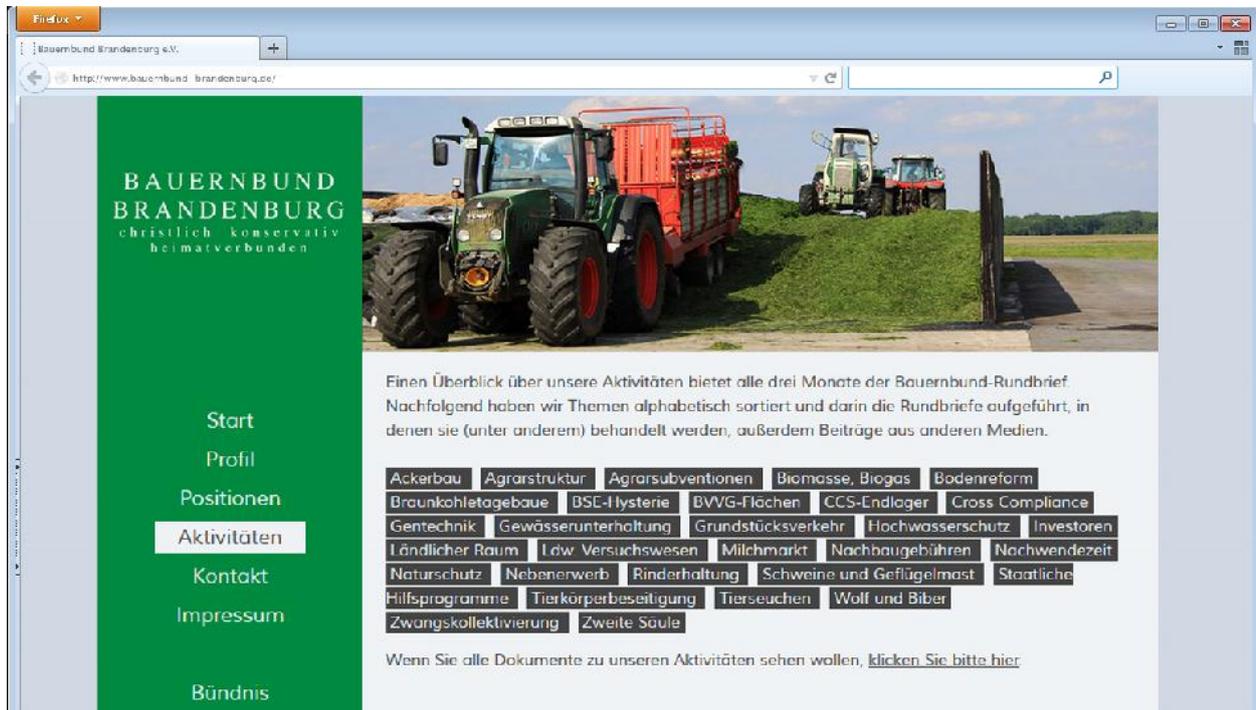


Bauernbund Brandenburg



Liebe Berufskollegen,

seit dem 7. März haben wir einen neuen **Internetauftritt**. Online ist der Bauernbund dank der frühen Aktivitäten von Bringfried Wolter auf diesem Gebiet schon sehr lange. Den bisherigen Auftritt hat Reinhard Jung vor zehn Jahren mit Christian Wiese erarbeitet, der ihn bis vor kurzem auch ehrenamtlich gepflegt hat – dafür noch einmal herzlichen Dank! Der neue Auftritt, den wir mit dem Webdesigner Markus Pichlmaier realisiert haben, bietet künftig die Möglichkeit, Pressemitteilungen sofort einzustellen. Unter Aktivitäten sind 30 Schlagworte aufgeführt, wo man sich thematisch über die Arbeit des Bauernbundes informieren kann. Unsere schöne Bilderschau vom Vereinsjubiläum letztes Jahr kann man sich auch ansehen, zumindest diejenigen, die schnelles Internet haben. Also: Schaut gern mal rein unter www.bauernbund-brandenburg.de und sagt uns Bescheid, was ihr davon haltet oder wie sich der Auftritt noch verbessern lässt.

Ein weitere Neuerung findet Ihr schon im Adressfeld des Rundbriefs: die Aktualisierung Eurer **Anschriften**. Mehr als zehn Jahre liegt die Kommunalgebietsreform zurück, und eine Gemeinde nach der anderen hat sich und ihre Straßen umbenannt. Aus der Dorfstraße in Beispielow wurde wahlweise Beispielow, die Beispielower Straße oder die Beispielower Dorfstraße, alles ohne Sinn und Verstand, aber leider postalische Realität. Wie schon gesagt, wir haben uns bis vor kurzem noch hartnäckig geweigert, überhaupt irgendwelche Änderungen vorzunehmen, aber zuletzt kam immer mehr Post zurück – und das ist ja nicht Zweck der Übung, wenn man etwas verschickt. Nun habt Ihr also die hässliche amtliche Anschrift, hoffentlich kommt jetzt wenigstens alles an ...

Wenn man sieht, wie die Welt um uns herum immer komplizierter wird, freut man sich vielleicht besonders über so große einfache Dinge, wie dass es jedes Jahr wieder Frühling wird. Ob neue Postadresse oder neuer Internetauftritt – wir bleiben die alten!

Euer Karsten Jennerjahn

Aus der Hauptversammlung am 12. Februar in Falkenrehde



Am Rednerpult: Benjamin Raschke, Landesvorsitzender von Bündnis 90 / Die Grünen wirbt für seine Ziele

Ganz im Zeichen des Landtagswahlkampfes in diesem Jahr stand unsere Hauptversammlung am 12. Februar in Falkenrehde. Wir hatten alle demokratischen Parteien eingeladen, ihre Positionen zur Agrarpolitik darzulegen. Martina Gregor-Ness, Landtagsabgeordnete der SPD, betonte die Gemeinsamkeiten im Engagement für den ländlichen Raum und bedauerte, dass zwischen ihrer Partei und dem Bauernbund in

den vergangenen Jahren keine intensive Zusammenarbeit stattgefunden habe, was sich aber ändern soll. Dieter Dombrowski, Fraktionsvorsitzender des CDU, ließ die vielen gemeinsamen Initiativen für eine bäuerliche Landwirtschaft Revue passieren, vom Agrarprogramm "Starke Landwirtschaft", in dem sich die CDU für eine Kappung der Agrarsubventionen und ihre Koppelung an ortsansässige Landwirte aussprach, bis zu Aktivitäten gegen eine zunehmende Vernässung landwirtschaftlicher Flächen. FDP-Landtagskandidat Martin Hesterberg gab zu, dass seine Partei bislang noch keinen wirklichen Zugang zu Agrarthemen gefunden habe, versprach aber, als Landwirt neue Akzente zu setzen. Benjamin Raschke, Landesvorsitzender von Bündnis 90 / Die Grünen betonte das Engagement seiner Partei für die Aufarbeitung der Ungerechtigkeiten in der Nachwendezeit und erklärte, dass eine ökologisch sinnvolle Landwirtschaft bäuerliche Strukturen brauche.

Den ganz großen Bogen von der Leistungsfähigkeit bäuerlicher Betriebe über die EU-Agrarpolitik, die Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei der Privatisierung der BVVG-Flächen und die Notwendigkeit einer Förderung ortsansässiger Landwirte im Grundstücksverkehrsgesetz bis zum Freihandelsabkommen spannte der Präsident des Deutschen Bauernbundes Kurt-Henning Klamroth in seiner engagierten, launigen und sehr langen Rede zu den Perspektiven des Berufsstandes.

Diskussion über Subventionen verschoben

Nach Geschäftsbericht, Kassenbericht, Rechnungsprüfung und Entlastung des Vorstands ging es um den mit den Einladungen versandten Entwurf für Positionen des Bauernbundes Brandenburg. Kontrovers diskutiert wurde vor allem der Satz "Das System der Agrarsubventionen ist nicht reformierbar und sollte auslaufen". Als deutlich wurde, dass es zu keiner breiten Zustimmung für diese Position kommen würde, wurde vereinbart, die Beschlussfassung über den Entwurf auf die nächste Versammlung zu verschieben, um so einer noch intensiveren Diskussion Raum zu geben. Das Für und Wider von Subventionen wird uns also auch in Zukunft beschäftigen.

Doris Beuster als Kassenführerin verabschiedet

Leider konnte Doris Beuster nicht persönlich anwesend sein, die ihr Amt als Kassenführerin des Bauernbundes Brandenburg zum Jahresende aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben hatte. Ihre Arbeit würdigte Reinhard Jung: "Jeder weiß, wie wesentlich es für den Zustand eines Verbandes ist, dass bei den Finanzen alles mit rechten Dingen zugeht, dass nicht nur effizient gewirtschaftet wird – dafür ist letztendlich der Vorstand verantwortlich – sondern auch, dass die Kasse ordentlich geführt wird, alle finanziellen Bewegungen jederzeit nachvollziehbar dokumentiert sind. Und da war es für

den Vorstand, für mich als Geschäftsführer und schon für meinen Vorgänger in den letzten 13 Jahren eine große Beruhigung, diese Aufgabe in den Händen von Doris Beuster zu wissen. Die Aufwärtsentwicklung des Bauernbundes Brandenburg in dieser Zeit ist wesentlich ihrer sorgfältigen Arbeit zu verdanken, auch wenn sie meist im Hintergrund gewirkt hat. Doris ist kurz nach der Gründung zum Bauernbund gekommen – wie bei vielen Mitgliedern waren Unregelmäßigkeiten bei der Vermögensauseinandersetzung der Anlass für sie, sich zu engagieren. Ihr Vater hatte einen Ackerbaubetrieb in Golzow wieder eingerichtet. 2001, in demselben Jahr, als Karsten zum Präsident gewählt wurde, übernahm Doris die Kasse – für uns ein absoluter Glücksfall, denn obwohl sie als studierte Ökonomin überqualifiziert war und schon damals mit gesundheitlichen Beschwerden zu tun hatte, hat sie diese Aufgabe stets sehr gewissenhaft wahrgenommen und damit den Weg des Bauernbundes zu einer schlagkräftigen Berufsorganisation auf der finanziellen Seite abgesichert."

Natürlich hatte Doris Beuster ihren Schritt lange vorher angekündigt, so dass wir Zeit hatten, uns um eine geeignete Nachfolge zu kümmern. Seit dem 1. Januar 2014 ist Antje Bree aus Mehrow die Kassenführerin des Bauernbundes. Als Dank an Doris und Ermutigung für Antje gab es auf der Versammlung einen großen Applaus.

Am Tisch: Martin Hesterberg (FDP), Martina Gregor-Ness (SPD), Karsten, Kurt sowie Dieter Dombrowski (CDU). Vorn im Bild Bernd Herzog vom Blasorchester Ketzin, das die Hauptversammlung wie jedes Jahr mit schwungvoller Musik begleitete



Landwirtschaft im Familienbetrieb

Beitrag von Marie Asmussen auf RBB-Inforadio über unsere Mitglieder Dirk Schulze und Steffi Schröder aus Altbarnim am 20. Januar 2014

Die Vereinten Nationen haben 2014 zum Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe erklärt. Damit soll die Arbeit dieser Landwirte, die Lebensmittel für Milliarden Menschen produzieren, gewürdigt und stärker als sonst beachtet werden. Während westdeutsche Höfe nach wie vor in der Regel von ihren Eigentümerfamilien bewirtschaftet werden, arbeiten auf den Agrarbetrieben im Osten der Republik meistens Angestellte. So auch in Brandenburg. Aber auch hier gibt es bäuerliche Landwirtschaft. Marie Asmussen war im Oderbruch bei einer Bauernfamilie mit Schäferei.

Ein akustisches Wimmelbild mit Schafen: Hundert Muttertiere und deren Lämmer wuseln in der alten Backsteinscheune in Altbarnim durcheinander. Um sich in der Menge nicht zu verlieren rufen sie einander permanent. Die Tiere gehören Dirk Schulze. Der große blonde Mann mit dem grünen Filzhut kann mit seinen 42 Jahren schon auf eine lange Strecke als Oberhaupt eines Familienbetriebs

bes zurückblicken. **Dirk Schulze:** "Ich war damals zwanzig, jüngster Wiedereinrichter in Märkisch-Oderland. Mutter und Vater waren da, aber Frau und Kinder noch nicht. Und da hab ich gesagt, ich versuche das einfach. Weil das Risiko, wenn's schief geht, ist ja doch nicht so groß als wenn man jetzt Kinder hat. 1992 war das, am 1.2.1992 haben wir angefangen und bis heute haben wir durchgehalten." Zum bäuerlichen Familienteam gehören längst auch eine Frau und zwei Söhne, 16 und 14 Jahre alt. Dirk Schulzes Lebensgefährtin Steffi Schröder war früher Verkäuferin. Seit die Kinder da sind, arbeitet sie auf dem Hof, macht die Buchführung, stellt die komplizierten Förderanträge, erledigt den ganzen Bürokratismus. Außerdem vermietet sie eine Ferienwohnung und verkauft online Schafprodukte wie Wolle, warme Puschen und auch Selbstgenähtes aus Fell. **Steffi Schröder:** "Und zwar Nasenschoner für Pferde oder Stuhlkissen. Wenn man jetzt draußen sitzt auf der Bank, dass man das mit rausnehmen kann oder für's Auto. So eben kleinere Sachen." Oben im ausgebauten Spitzboden steht ihre Spezial-Nähmaschine mit extra starken Nadeln für die Fellschneiderei. **Steffi Schröder:** "So, denn machen wir einen Nasenschoner ..." Die zierliche Frau setzt sich an die Maschine und näht auf die Rückseite eines gegerbten Schaffellstreifens ein kräftiges Stoffband. Damit kann man das wollig weiche Polster an der Innenseite des Zaumzeugs befestigen.

"Wir können's uns einteilen, wie wir wollen ..."

Steffi Schröder sagt, sie und ihr Mann hätten sich im Laufe der Zeit gut eingespielt bei der Zusammenarbeit. Und auch die Kinder seien nicht zu kurz gekommen. **Steffi Schröder:** "Weil Mama und Papa sind immer greifbar, egal wann. Und sie mögen das eigentlich auch, was wir machen." Der ältere Sohn hat bereits eine Landwirtschaftslehre angefangen, will eine Ausbildung zum Schäfer dranhängen und auch der jüngere könnte sich so etwas vorstellen. Manchmal hätte Steffi Schröder gern geregelte Arbeits- und Feierabendzeiten, aber im Prinzip gefällt es ihr so wie es ist. **Steffi Schröder:** "Dass man sich so auch anders die Zeit einteilen kann als wenn man jetzt sagt, dann und dann habe ich Urlaub und die und die Zeit muss ich arbeiten. Wir können's uns anders einteilen, so wie wir es gerne hätten." Die letzte Urlaubzuteilung liegt allerdings schon ziemlich lange zurück. **Steffi Schröder:** "Zehn Jahre ist das her. Da waren die Kinder noch nicht im schulpflichtigen Alter und da haben wir dann jedes Jahr eine Woche lang Urlaub gemacht. Danach ging's nicht mehr, weil unser Betrieb sich ein bisschen vergrößert hatte." **Dirk Schulze:** "Uns reicht es eigentlich, wenn wir mal einen Tag irgendwo hin fahren können oder auch mal eine Nacht. Ein, zweimal im Jahr, das reicht eigentlich. Man kann eben frei entscheiden, auch mal einen Nachmittag irgendwo hin zu fahren, wo ein Angestellter erst frei beantragen müsste. Das ist dann schon mal hilfreich."

Erschöpft, aber zufrieden und stolz

Die beiden machen nicht den Eindruck, als würden sie sich ihre Situation schön reden. Sie wirken zwar etwas erschöpft, aber zufrieden und auch ein bisschen stolz auf das, was sie leisten. Schon Dirk Schulzes Großvater ist selbständiger Bauer in Altbarnim gewesen. 1960 wurde er in die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft gezwungen. Sein Enkel hat als einziger im Dorf nach der Wende wieder einen Betrieb eingerichtet – mit zwanzig Hektar Eigenland und etwa 160 Hektar gepachteten Äckern. Auf diesen Flächen baut er Zuckerrüben und Getreide an zum Verkaufen und als Winterfutter für die Schafe. Wieder draußen beim Stall, entdeckt Dirk Schulze ein lahmes Tier in der Herde. Er steigt über das Absperrgatter, greift sich das Schaf, setzt es mit gekonntem Schwung auf den Hintern, holt ein kräftiges Klappmesser aus der Tasche und schneidet ganz fix die Klauen zurecht. **Dirk Schulze:** "Waren bissel lang, und hier hat sich auch so'n bissel Dreck zwischengesetzt. Erde aus dem Oderbruch. Oderbruchboden ist sehr anhänglich. Der klebt, und da kommt es auch manchmal vor, dass sich im Klaueninnenspalt dieser Boden verfängt und der kann dann leicht scheuern und da muss man dann eben mal zufassen und behandeln und die Klaue ausschneiden, dann geht das wieder." Im Sommer betreibt Schulze mit seiner Herde Landschaftspflege im Deichvorland oder auf ökologisch wertvollen Trockenrasenflächen. Auch jetzt im Winter sind die meisten Schafe draußen. Solange kein Schnee liegt ziehen sie – gehütet von einer angestellten jungen Schäferin – über die Oderbruchäcker. Unter Dach kommen nur die Tiere, die kürzlich Lämmer bekom-

men haben und die, die bald welche kriegen werden. Die stehen im Ablammstall. Hier ist es ganz ruhig. Weil die Schafe noch keine Lämmer haben, müssen sie nicht rufen und können sich ganz dem Fressen und Wiederkäuen widmen. Die Mutterschafe brauchen hochwertige Nahrung, damit sie genügend Milch für ihre Lämmer haben. Im Winter muss der Schäfer deshalb sogar teures Futter zukaufen. Trotz relativ guter Lammfleischpreise rechnet sich das unterm Strich nicht mehr. Deshalb überlegt Dirk Schulze ernsthaft, seine Schafe nur noch im Frühling lammen zu lassen, wenn sie draußen genug zu fressen finden. Aber wenn im Winter keine Lämmer mehr zur Welt kommen, dann werden die Osterlämmer knapp. **Dirk Schulze:** "Dann werden sie eben knapp. Dann wird vielleicht auch die Politik wach, wenn sie knapp werden. Aber dann kommt das aus Neuseeland oder von wo auch immer, wo keiner kontrolliert, wie es geschlachtet und gehalten wird. Haben wir's eben hier und gut ist. Dann kaufen sie uns ein paar Autos ab, vielleicht."

Als Betriebsleiter schaut man nicht auf die Stunden

Seitdem es EU-Agrarförderung nicht mehr pro Tier, sondern nur noch pro Hektar Fläche gibt, haben in Brandenburg viele Schäfer aufgegeben, und diese Entwicklung geht in dramatischem Tempo weiter, sagt Dirk Schulze. Er findet es unsinnig, dass man nun Kapitalgesellschaften subventioniert, die ihr Geld in Ackerland anlegen. Statt dessen sollten ortsansässige Betriebe gefördert werden, die Arbeitsplätze schaffen und die Vieh halten. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist Dirk Schulze einigermaßen zuversichtlich, weil sein Hof mit Schafzucht plus Ackerbau eine solide Basis hat und: weil es ein Familienbetrieb ist. **Dirk Schulze:** "Als Betriebsleiter guckt man ja nicht auf die Stunden, und die Familienmitglieder gucken auch nicht auf die Stunden. Ich denke nicht, dass das von Nachteil ist. Weil man ja doch viel Arbeit kompensieren und sich untereinander aufteilen kann, die man jetzt nicht unbedingt so entlohnt, als wenn man Fremdarbeitskräfte hat." Auch die Eltern des Landwirts, die im Erdgeschoss des gemeinsamen Wohnhauses leben, packen immer noch mit an. Vater Jürgen Schulze kümmert sich um das Geflügel und hilft seinem Sohn. **Jürgen Schulze:** "Ob ich die Batterie fürs Weidezaungerät lade oder ob ich Ersatzteile ranhole oder sonst was. Oder ob ich ihm mal ne Fuhre Heu runterfahre. Es gibt so viele Möglichkeiten." Die Landwirtschaft ist sein Leben, schon immer gewesen. **Jürgen Schulze:** "1953 aus der Schule, dann war ich bei Vatern auf dem Betrieb bis 1960, dann Kolchose, dann 1964 Armee – und dann immer in der Landwirtschaft." Und immer in Altbarnim. Nach der Wende war Jürgen Schulze über fünfzig. Zu alt fand er, um als selbständiger Landwirt noch einmal neu anzufangen. Deshalb hat er diesen Schritt dem Sohn überlassen. Er und seine Frau Margret freuen sich, dass nun auch der Enkel Bauer und Schäfer wird. Jürgen und Margret Schulze: "Na aber hundertprozentig freu ich mich da, aber ist ne schwere Zeit. Mich freuts auch, weiß man doch dass hier immer noch irgendwas weitergeht. Bloß hoffentlich geht es noch weiter, damit er auch noch was davon hat." Jürgen Schulze sieht mit Sorge, dass finanzstarke Kapitalgesellschaften immer mehr Land kaufen. Deshalb – so seine Angst – könnte die bäuerliche Landwirtschaft in Brandenburg früher oder später auf der Strecke bleiben.



Das sprengt jede dörfliche Struktur

Interview von Matthias Matern mit Geschäftsführer Reinhard Jung zur modernen Tierhaltung in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 17. Januar 2014

PNN: Herr Jung, unter dem Motto „Wir haben es satt“ hat ein Netzwerk mehrerer Tier- und Umweltschutzorganisationen zu einer Demonstration in Berlin gegen die Massentierhaltung aufgerufen. Sie werfen den Organisatoren „selbstgerechte praxisferne Schreierei“ vor. Warum?

Jung: Weil dort ein Sammelsurium unterschiedlicher Gruppen aufeinander trifft, die offensichtlich selbst gar nicht so genau wissen, was sie wollen. Hauptsache sie wettern gegen die Landwirtschaft. Es gibt gegenwärtig jede Menge Bestrebungen, das Tierwohl zu verbessern, die sich natürlich in bäuerlichen Größenordnungen besonders gut verwirklichen lassen. Viele unserer Mitglieder beteiligen sich an Programmen wie Neuland, Bioland, Naturland usw. Warum demonstrieren die Tier- und Umweltschützer nicht vor Supermärkten, um die Verbraucher von diesen Gütesiegeln zu überzeugen? Warum bauen sich die Kritiker nicht selbst kleine Landwirtschaftsbetriebe auf etwa mit Freiland-Geflügelhaltung und Direktvermarktung Richtung Berlin. Wenn man fleißig ist und sparsam investiert, kann das durchaus eine Perspektive sein. Wir freuen uns über jeden neuen Bauern in Brandenburg, das meine ich ernst. Aber immer nur von Nicht-Landwirten erklärt zu bekommen, wie man eigentlich Landwirtschaft machen sollte, das haben wir auch irgendwann satt.

PNN: Brandenburgs SPD-Agrarminister Jörg Vogelsänger hat vor kurzem gesagt, Brandenburg bräuchte mehr Tierhaltung und jede Investition in die Tierhaltung sei auch eine Investition in das Tierwohl. Hat er recht?

Jung: Beim ersten Punkt ausnahmsweise ja. Tierhaltung ermöglicht eine hohe Wertschöpfung auf schwachen Standorten. Das ist eine Chance für die Streusandbüchse Brandenburg. Bei der Kritik an Massentierhaltung wird häufig übersehen, dass es nach der Wende in allen neuen Bundesländern einen drastischen Abbau der Tierbestände gegeben hat. Derzeit haben wir die absurde Situation, dass in Westdeutschland die Tierhaltung ohne Futtergrundlage ausgedehnt wird, während in Ostdeutschland organischer Dünger fehlt. Konkret: Im Emsland werden die Hühner mit Weizen aus der Prignitz gefüttert, der Hühnertrockenkot kommt auf LKWs zurück in die Prignitz. Aus fachlicher landwirtschaftlicher Sicht und im Sinne von Nachhaltigkeit brauchen wir unbedingt mehr Tierhaltung.

Moderne Tierhaltung findet auch auf vielen Mitgliedsbetrieben des Bauernbundes statt



PNN: Hat Herr Vogelsänger denn auch mit dem Tierwohl recht?

Jung: Das ist schwierig zu beantworten, weil wir die Tiere nicht fragen können. Zweifellos haben Nutztiere heute ein Mehr an Komfort in klimatisierten, teilweise geräumigen Ställen mit perfektionierter Fütterung – gleichzeitig stehen sie unter einem enormen Leistungsdruck, um diesen Komfort zu refinanzieren. Das verbindet das Nutztier von heute in gewisser Weise mit dem modernen Menschen. Aber bevor ich ins Philosophische abgleite: Fakt ist, so lange die Tiere fressen und zunehmen, sind sie gesund. Insofern halte ich nichts von der pauschalen Kritik vieler Tierschützer an den modernen Haltungsbedingungen.

PNN: Also ein Ja des Bauernbundes zur Massentierhaltung?

Jung: Der Begriff Massentierhaltung wird gern als Kampfbegriff auch gegen die Bauern missbraucht, das ärgert uns. Gleichwohl, das will ich nicht verheimlichen, erschreckt uns die Größe einiger in Brandenburg geplanter Anlagen. Als Vertretung der Familienbetriebe wollen wir viele Bauern und eine breite Streuung des Eigentums. Schweineanlagen mit 10.000 und Hähnchenanlagen mit 500.000 Mastplätzen konzentrieren wirtschaftliche Macht in den Händen weniger, sie sprengen jede dörfliche Struktur und bringen natürlich Umweltbelastungen mit sich allein durch die notwendigen Transporte und Emissionen. Deshalb haben wir Verständnis für Anwohner, die sich gegen solche überdimensionierten Anlagen in ihrer Umgebung wehren. Ich würde so etwas auch nicht gerne in meinem Dorf haben.

PNN: Die vorige Bundesregierung hat mit der Änderung des Baurechts versucht, die Zunahme großer Anlagen zu erschweren. Wer nicht ausreichend Fläche vorweisen kann, erhält nur noch schwer eine Bauerlaubnis im ländlichen Raum. Reicht das?

Jung: Auswirkungen sehe ich vor allem in Westdeutschland, weniger bei uns, ganz einfach, weil wir in der Regel ausreichend Fläche haben. Derzeit wird diskutiert, Neuanlagen über 300 Kühen, 2.000 Schweinen und 80.000 Hähnchen auch unabhängig von der Flächenausstattung die baurechtlichen Privilegien zu entziehen. Das finde ich nachvollziehbar. Es geht hierbei ja nicht um den Misthaufen, der dem feinen Nachbarn stinkt, sondern um Größenordnungen, für die Umweltverträglichkeitsprüfung und Emmissionsschutzgutachten erforderlich sind. Allerdings muss es einen Bestandschutz für Anlagen geben, die im Vertrauen auf die derzeitige Rechtslage errichtet wurden.

PNN: Brandenburgs Grünen-Landtagsfraktion will ein wissenschaftliches Gutachten zum Antibiotika-Einsatz in der Tiermast erstellen lassen. Man gehe von einem massenhaften Einsatz aus, heißt es. Ist ein solches Gutachten aus Ihrer Sicht notwendig?

Jung: Wo die schwarzen Schafe sind, lässt sich auch durch Kontrollen feststellen. Als Berufsverband vertreten wir die Interessen unserer Mitglieder und reden ihnen nicht rein in die Wirtschaftsweise. Ich glaube aber sagen zu können, dass der präventive Einsatz von Antibiotika, ebenso übrigens wie die standardisierte Verwendung von Glyphosat auf dem Acker, von unseren Mitgliedern überwiegend abgelehnt wird. Das ist eine Landwirtschaft nach Schema F und entspricht nicht unserer Qualifikation. Ein Verbot wäre aber keine Lösung, denn das würde auch die vielen Tierhalter treffen, die Antibiotika nur kurativ einsetzen. Sachgerecht wären vielmehr wirtschaftliche Anreize, den Einsatz auf notwendige Behandlungen zu beschränken.

Bauernbund gegen Braunkohle-Bagger: Landesregierung vernichtet eine Milliarde Euro

Pressemitteilung vom 11. Dezember 2013

Der Bauernbund Brandenburg hat der Landesregierung vorgeworfen, beim Entwurf für den Braunkohleplan Welzow-Süd II die Bedeutung der Landwirtschaft zu missachten. "Sie vernichten hier ein Ertragspotential von einer Milliarde Euro", rechnete Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung am zweiten Tag des Erörterungstermins in Cottbus vor, indem er 20 Euro pro Dezitonne Roggen mit durchschnittlich 50 Dezitonnen Roggen pro Hektar und 1000 Hektar von der geplanten Abbagge-

zung betroffener landwirtschaftlicher Nutzfläche multiplizierte und für die Neubildung von Boden optimistisch 1000 Jahre ansetzte. Der Gegenwert der geförderten Rohbraunkohle rechne sich vielleicht für das ausländische Unternehmen Vattenfall, einer volkswirtschaftlichen Analyse halte diese Berechnung jedoch nicht stand.

Scharf kritisierte Jung Versuche, die nach der Abaggerung aufgeschütteten Kippen als Ersatz für den in Jahrtausenden entstandenen Boden zu bewerten: "Getreide oder Kiefern wachsen nun mal nicht davon, dass irgendwelche Ingenieure Planflächen hell- oder dunkelgrün ausmalen." Ohne hohe Subventionen wären diese Flächen nicht bewirtschaftungswürdig. Denkbar sei höchstens eine "extrem extensive Tierhaltung vom Helikopter aus wie in der australischen Halbwüste", so Jung. Da die in Proschim und Lindenfeld ansässigen Landwirte nicht bereit sind, ihre Betriebe zu verkaufen, fehle dem Plan schlicht die Geschäftsgrundlage.

Oderbruch: Kleine Anfrage offenbart, dass die Landesregierung überhaupt keine Verbesserung der Entwässerungsfunktion anstrebt

Auf unsere Anregung hin hat der CDU-Agrarexperte Dieter Dombrowski im Landtag eine kleine Anfrage gestellt, um in Erfahrung zu bringen, weshalb im Bewirtschaftungsplan Oder nach Wasser-rahmenrichtlinie die Gewässer des Oderbruchs überwiegend als natürliche Gewässer ausgewiesen sind und nicht als erheblich veränderte Gewässer. In der Begründung zur Anfrage heißt es: "Dass das Oderbruch in seiner Gesamtheit nur aufgrund eines erheblich durch den Menschen veränderten Gewässersystems genutzt und besiedelt werden konnte, steht außer Zweifel. Unter Friedrich dem Großen wurden bereits im 18. Jahrhundert Gewässerumleitungen, Gewässerausbau und die dazu gehörigen technischen Bauwerke geschaffen. Die Besiedlung und Bewirtschaftung des Oderbruchs sind bis heute nur unter der Aufrechterhaltung der Entwässerungsfunktion vorstellbar. Erheblicher kann also ein Gewässersystem nicht verändert werden. Deshalb sind die Klassifizierungen im Bewirtschaftungsplan nicht nachvollziehbar. Die Rückkehr zu einem natürlichen Gewässersystem mit Durchgängigkeit als wesentlichem Kriterium würde die Entwässerungsfunktion im Oderbruch in Frage stellen. Durch die fehlerhafte Ausweisung als natürliche Gewässer sind die Gewässer im Oderbruch (...) unnötigen Restriktionen ausgesetzt. Dies stellt langfristig die Besiedlung und Bewirtschaftung im Oderbruch in Frage."

1. Aus welchen Gründen sind die Gewässer im Oderbruch – soweit es sich nicht um offensichtlich künstliche Gewässer handelt – im Bewirtschaftungsplan Oder überwiegend als natürliche und nicht als erheblich veränderte Gewässer ausgewiesen?

Hier antwortet die Landesregierung, eine Ausweisung als erheblich verändert kam für den Bewirtschaftungsplan 2008-2015 nicht in Frage, weil "die Intensität der für eine solche Ausweisung maßgeblichen Nutzungen dieser Gewässer nicht im Widerspruch zu den typspezifischen Entwicklungszielen" stand, kurz: der seit Jahrzehnten sich immer weiter verschlechternde Unterhaltungszustand wird zum Argument dafür, weiterhin keine Unterhaltungsmaßnahmen vorzunehmen. Auch dass die Gewässer nicht schiffbar, eingedeicht, technisch verbaut oder schnurgerade sind und dass sie über eine gute biologische Qualität verfügen, wird als Begründung für die Ausweisung angeführt – als ob naturnahe Gewässer nicht gleichzeitig einer leistungsfähigen Entwässerung dienen könnten!

2. Aus welchen Gründen wird der eigentlich aufrecht zu erhaltene Zweck des gesamten Gewässersystems im Oderbruch, also die Wasserregulierung, der Schutz vor Überflutungen und die Landentwässerung, nicht im Bewirtschaftungsplan ausgewiesen?

Hier antwortet die Landesregierung, die "vorrangigen Nutzungen Wasserregulierung, Schutz vor Überflutungen und Landentwässerung" seien für die Gewässer im Oderbruch unbestritten.

3. Steht dieser Zweck mit der sich daraus ergebenden notwendigen intensiven Gewässerunterhaltung zur Aufrechterhaltung der Besiedlungs- und Bewirtschaftungsfähigkeit im Oderbruch nicht zwingend einer Ausweisung als natürliches Gewässer entgegen?

Hier antwortet die Landesregierung, die "Fließgewässer solcher Niederungen wie dem Oderbruch müssen relativ flach sein, um bei Dürre kein allzu großes Absinken der Wasserstände zu riskieren. Gleichzeitig müssen sie auch durchgehend ausreichend breit angelegt sein, um nach Starkniederschlägen leistungsfähig genug für erhöhte Abflüsse zu sein." Die Landesregierung räumt ein, dass die Gewässer im Oderbruch in diesen beiden Punkten defizitär seien und nennt als Ziel, dass die Gewässer "flach und breit mit vielgestaltiger Uferzone" ausgebildet werden sollen. Eine Antwort, wie sie dieses Ziel erreichen und die damit verbundenen Probleme (langwierige Planungen, Enteignungen der Ufergrundstücke, aufwändige Baumaßnahmen zur künstlichen Herstellung einer Auenlandschaft) lösen will, bleibt sie schuldig.

4. Plant die Landesregierung die Renaturierung des Oderbruchs und damit zwangsläufig einhergehend die Inkaufnahme der wiederkehrenden Überflutung von besiedelten und landwirtschaftlichen Flächen?

Hierauf gibt die Landesregierung keine eindeutige Antwort, vielmehr wiederholt sie ihre Ziele und stellt keine Maßnahmen in Aussicht, um künftige Binnenhochwasser im Oderbruch zu vermeiden.

Bauernbund fordert: Endlich zugeben, dass BSE ungefährlich ist

Pressemitteilung vom 6. Februar 2014

BSE war nie eine Gefahr für den Menschen – diese Auffassung hat der Bauernbund Brandenburg angesichts der Diskussionen um die zwei angeblichen BSE-Fälle aus Brandenburg vertreten. "Statt beschwichtigend von einer ungefährlichen atypischen BSE zu reden, sollten die Veterinäre mal erklären, was an der typischen BSE denn gefährlich sein soll", forderte Bauernbund-Vorstandsmitglied Jens Gerloff, Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz: "25 Millionen BSE-Tests in Deutschland haben bisher jedenfalls noch keinen Hinweis darauf gebracht, dass die extrem seltene Krankheit etwas mit der Futtermittelaufnahme zu tun haben könnte." Der Bauernbund verlangt seit Jahren die Abschaffung der BSE-Tests und eine Entschuldigung der verantwortlichen Politiker bei den Bauern für die Folgen der BSE-Hysterie.

Bauernbund zum Genmais 1507: Auf dem Acker wollen wir ihn nicht

Pressemitteilung vom 11. Februar 2014

Als "politisches Armutszeugnis" hat der Bauernbund Brandenburg die Enthaltung der Bundesregierung bei der Abstimmung über die europaweite Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 bezeichnet. "Die weltweiten Erfahrungen mit der grünen Gentechnik zeigen, dass sie keinen praktischen Fortschritt bringt", sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Ackerbauer aus Wilhelmsau im Oderbruch: "Im Gegenteil bilden sich resistente Schädlinge und Unkräuter heraus, derer man selbst mit gesteigertem Pflanzenschutz aufwand kaum mehr Herr wird." Kritisch sieht der Bauernbund außerdem, dass die Landwirtschaft durch Patente auf gentechnisch veränderte Pflanzen in Abhängigkeit von der Industrie gerät. Wercham: "Wenn die Forschungspolitiker den Genmais für ihre Forschung brauchen, können sie ihn haben, aber auf dem Acker wollen wir ihn jedenfalls nicht."

Ausbildungsbetriebe im Bauernbund gesucht

Wir bekommen in letzter Zeit immer mehr Anfragen von Mitgliedern, deren Kinder einen geeigneten Lehrbetrieb suchen. Von einigen unserer Mitgliedsbetriebe wissen wir, dass sie ausbilden, von anderen sicher noch nicht. Wenn Ihr Lehrlinge ausbildet, meldet Euch bitte bei der Geschäftsstelle, und gebt auch die Produktionsrichtungen an, so dass wir Euch bei Anfragen künftig berücksichtigen können. Anruf genügt bei Reinhard Jung, Telefon 038791-80200 oder E-Mail an textjung@gmx.de.